

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/007

Chronik vom 14. Oktober 1990 bis zum 9. April 1992

14.10.1990

BRD: Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 werden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

02.12.1990

BRD: Die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition gewinnt am 2. Dezember 1990 die gesamtdeutsche Wahl.

Bei der vorgezogenen 12. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 43,8 %, SPD = 33,5 %, FDP = 11,0 %, Grüne (West) = 3,9 %, Bündnis 90/Grüne (Ost) = 1,2 %, PDS = 2,4 %, Sonstige = 4,2 %.<<

Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Helmut Kohl (x343/12,15-16): >>Der Alte und der Pfälzer

_ von Jürgen Elsässer

... Die Wende bleibt aus

... Helmut Kohl. Im Wahlkampf 1983 postulierte er: "Wir werden die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Ausländer in Deutschland um die Hälfte reduzieren!" Passiert ist freilich nichts, der Zuzug ging weiter.

Überhaupt fiel die Bilanz der ersten Kohl-Jahre aus deutscher Sicht ernüchternd aus. Die folgenschwerste Entscheidung am Anfang seiner Amtszeit war die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen - was schon sein Vorgänger Schmidt hatte, aber innerparteilich nicht durchsetzen konnte. Im Gegenzug dazu konnte der Pfälzer immerhin US-Präsident Ronald Reagan dazu bewegen, mit ihm den Soldatenfriedhof in Bitburg zu besuchen, wo auch SS-Gefallene bestattet waren.

Das friedliche Gedenken der Staatsmänner hätte ein Ende der ewigen Beschwörung der Nazi-Vergangenheit bringen können - wäre Kohl nicht aus der eigenen Partei ein Strich durch die Rechnung gemacht worden: Bundespräsident Richard von Weizsäcker nutzte seine Rede zum 40. Jahrestag der "Befreiung" (Weizsäcker) des 8. Mai 1945 genau dazu, alte Wunden wieder

aufzureißen. Die Linken jeder Couleur waren begeistert.

Kohls Ansatz einer "geistig-moralischen Wende" scheiterte aber auch an hausgemachten Fehlern. Mit der Zulassung des Privatfernsehens ab 1984 wollte er die Dominanz der öffentlich-rechtlichen Sender - für ihn der "Rotfunk" - brechen. Tatsächlich waren die neuen Programmangebote zwar weniger politisch als ARD und ZDF, aber viel mehr amerikanisiert - seichte Unterhaltung und billiger Sex konnten die Deutschen gerade nicht mit ihren kulturellen Wurzeln in Kontakt bringen.

Deutschland, einig Vaterland

Diese Fehler fallen jedoch angesichts seiner Verdienste in den Schicksalsjahren 1989/90 nicht ins Gewicht. "Es ist keine Frage, daß der Weg zur deutschen Einheit nach Öffnung der Mauer in wichtigen Etappen auch ein Alleingang Helmut Kohls war", stellt der Historiker Schöllgen zu Recht fest. Er war es, der durch seinen Zehn-Punkte-Plan am 28. November 1989 entschlossen den Weg zur Vereinigung wies - angeblich hatte er das Papier zuvor nur mit zwei Geistlichen und seiner Frau Hannelore beraten. Er war es, dem am 19. Dezember 1989 in Dresden 100.000 DDR-Bürger zujubelten und dadurch deutlich machten, wie das Volk östlich der Elbe denkt.

An dieser Massenmobilisierung zerschellten die Versuche der französischen und britischen Staatsführer François Mitterand und Margaret Thatcher, die Wiedervereinigung doch noch unter Verweis auf geschichtliche und völkerrechtliche Vorbehalte zu verhindern. Geschickt sicherte sich Kohl sowohl das Vertrauen von US-Präsident George H.W. Bush wie von Sowjetführer Michail Gorbatschow, indem er Befürchtungen über einen deutschen Revanchismus an zwei entscheidenden Punkten zerstreute:

Zum einen gab er den Polen eine Garantie für die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze, zum anderen sicherte er den Russen eine Nichtausdehnung der NATO auf das Gebiet der neuen Bundesländer zu. So ließ die Sowjetunion von ihrer Forderung, das vereinigte Deutschland müsse blockfrei sein oder gleichzeitig der NATO und dem Warschauer Pakt angehören, am Ende doch noch ab.

Warum Kohl den sowjetischen Druck auf Abschluß eines Friedensvertrages aber nicht ausnutzte, um einen solchen auch von den westlichen Siegermächten einzufordern, bleibt ein Rätsel. Der ersatzweise verabschiedete Zwei-plus-Vier-Vertrag gab Deutschland zwar entscheidende Souveränitätsrechte zurück, aber hob die Feindstaatenklausel der UNO nicht auf und beendete auch die US-Geheimdiensteinmischung nicht, wie zuletzt die NSA-Affäre gezeigt hat. Daß die Zurückhaltung der NATO bei der Ostausdehnung, die der deutsche Generalsekretär Manfred Wörner und US-Außenminister James Baker zugesichert hatten, nicht vertraglich fixiert worden ist, kann man freilich nicht Kohl anlasten - daran war die Naivität Gorbatschows schuld.

Noch folgenschwerer war, daß Kohl die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung - so jedenfalls die Aufzeichnungen von Präsidentenberater Jacques Attali - letztlich mit einem Deal erkaufte: das Ja von Mitterand wurde mit dem deutschen Verzicht auf die D-Mark belohnt, im Dezember 1991 besiegelt in den Maastrichter Verträgen. Le Figaro sprach von einem "Versailles ohne Krieg" - in Erinnerung an den Versailler Vertrag, der Deutschland 1919 unter die Knute gezwungen hatte.

Zwei weitere Leistungen von Kohl sollen dennoch nicht vergessen werden: Zum einen hielt er Deutschland, im Unterschied zu seinen Nachfolgern, aus allen Kriegen heraus. Er verweigerte ein Mitmachen beim Golfkrieg 1991, und während des bosnischen Bürgerkrieges in den Folgejahren verkündete er eine Leitlinie, die als Kohl-Doktrin bekannt wurde: Wo die deutsche Wehrmacht ihre Stiefel hingestellt hat, darf die Bundeswehr es nicht.

Die Wiedervereinigung war zu großen Teilen das Verdienst von Helmut Kohl.

Als es 1999 zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien kam, war er schon

nicht mehr Kanzler. Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU), in den 1980er Jahren Staatssekretär im Verteidigungsministerium und mit Kohl an den Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 beteiligt, vertritt die Meinung, mit dem Pfälzer "hätte es 1999 keinen Krieg mit deutscher Beteiligung gegeben". Der damalige russische Premier Jewgenij Primakow schreibt in seinen Erinnerungen, Kohl habe ihm gegenüber den Krieg gegen Jugoslawien "den größten historischen Fehler" genannt. "Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen", habe dieser ihm gesagt.

Kohls zweite vorbildliche Weichenstellung nach der Wiedervereinigung war die Neufassung des Asylartikels im Grundgesetz. Nachdem der Ostblock zusammengebrochen war, strömten Hunderttausende in die Bundesrepublik - die Zahl der Asylsuchenden erreichte 1992 den Rekordwert von 439.000. Aber anders als Angela Merkel 2015 - in diesem Jahr kamen nach der vermutlich geschönten offiziellen Statistik ungefähr doppelt so viele - verstärkte die Bundesregierung damals die Grenzkontrollen: Nach der Neufassung des Grundgesetzartikels 16a aus dem Jahr 1994 haben Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen - und das waren und sind alle Anrainer der Bundesrepublik - keinen Anspruch auf Asyl.

Die Kohl-Regierung demonstrierte, wie man die Flut von Wohlstandsflüchtlingen stoppt, ohne die Grundrechte einzuschränken - seine Nachfolgerin öffnete die Schleusen für illegale Ausländer und brach damit die Verfassung.<<

1990

BRD: Dr. Herbert Hupka (1915-2006) berichtet im Jahre 1990 in seinem Buch "Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage" über das Schicksal seiner schlesischen Landsleute (x022/11-13,15-16): >>Die Vertreibung aus der Heimat wurde zum letzten Kapitel der vielen Wochen und Monate, ja sogar Jahre währenden Leidensgeschichte der Deutschen in den ostdeutschen Provinzen, der Deutschen in Schlesien und Pommern, in Ost- und Westpreußen, der Deutschen jenseits von Oder und Neiße, wie man sich seit den Beschlüssen der Siegermächte in Potsdam im August 1945 zu sagen angewöhnt hat.

Diese Leidensgeschichte ist nicht nur ein Stück deutscher Geschichte, denn das Leid, das den Deutschen damals 1945 und 1946 und auch noch danach, widerfahren ist, haben andere bewirkt und verursacht, Russen und Angehörige der Völker der Sowjetunion und Polen. Um es mit einem Gedankengang der jüdischen Philosophin Hannah Arendt auszudrücken: genau so wenig wie die Deutschen zuvor waren die Russen oder die Polen die schuldig zu sprechenden Verbrecher, sondern die Unmenschen unter ihnen sind anzuklagen.

Was sich 1945 und danach in Schlesien ereignet hat, ... muß damit erklärt werden, daß zuvor den anderen Völkern Grausames an Leid im deutschen Namen, das heißt von Deutschen zugefügt worden ist. Niemand wird leugnen dürfen und auch wollen, was zuvor Russen, Polen und Juden von Deutschen haben erleiden müssen. Doch was danach geschehen ist, setzte in brutaler Weise die Verbrechen fort und kann durch die Verbrechen zuvor nicht entschuldigt werden.

Verbrechen bleibt Verbrechen, wer auch immer wem auch immer dieses zugefügt hat. So bitter es auch klingen mag, es kam 1945 kein neues Recht in die Welt, das Unrecht wurde fortgeschrieben, Rache und Vergeltung wurden oberstes Gebot. Die Opfer dieses Gebotes waren nicht die Schuldigen von gestern, sondern jeder, der ein Deutscher war, Kinder und Greise, Frauen und Männer, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Geistliche. ...

Der Eroberer Schlesiens hieß Sowjetunion, der Soldat der Roten Armee war der Sieger. Von dieser Stunde an, da das Dorf, die Stadt erobert worden waren, bekamen dies die Bewohner in des Wortes fürchterlichster Bedeutung zu spüren. Die erste Truppe okkupierte, die zweite Truppe plünderte, brandschatzte und vergewaltigte. Und dies waren nicht etwa zufällige Entgleisungen und Entartungen, sondern das war militärisches Programm und politischer Freipaß als Lohn für den soldatischen Einsatz. ...

Dem Eroberer folgte nach wenigen Wochen der Pole, um von Schlesien Besitz zu ergreifen. Mancher hoffte, daß es nun vielleicht besser werden könnte, hatte er doch die eben noch erlittene Brutalität der Russen auf die kommunistische Erziehung zur Gottlosigkeit zurückgeführt, und wer Pole sagt, muß auch immer katholisch sagen. Um so bitterer war die Enttäuschung, nicht zuletzt bei den deutschen katholischen Geistlichen, die sich ihrer Glaubensbrüder, vielerorts sogar ihrer Amtsbrüder polnischer Nationalität auf das Bitterste schämen mußten.

Zwar gehörten Brandschatzung und Vergewaltigung nicht mehr im gleichen Ausmaße zur Umgangsform, aber jetzt triumphierten Enteignung und Austreibung und beides geschah immer wieder erbarmungslos in Viertelstunden – oder Stundenfrist. Die weiß-rote polnische Fahne wurde gehißt, was bedeutete, daß aus deutschem Eigentum "polnisches Staatseigentum" geworden war. Die Bereicherung einzelner Polen, ganzer polnischer Familien und auch Banden, ist eines der bittersten Kapitel dieser Leidensgeschichte. Immer wieder wird die polnische Miliz als der große Schuldige angeklagt.

Besonders gefürchtet waren die Ausplünderungen, wenn ein Transport zum Verlassen der Heimat zusammengestellt wurde, oder neuerliche Gewalttaten, wenn man trotz unzähliger, bereits vorangegangener Ausplünderungen endlich den Bahnknotenpunkt Kohlfurt oder die Görlitzer Neiße erreicht hatte. Jeder der Okkupanten meinte, persönlich Rache nehmen zu müssen. Wenn das Wort wahr ist, daß der Mensch dem Menschen zum reißenden Wolf werden kann: hier hat es sich bestätigt. ...<<

>>... Werden nicht längst vernarbte Wunden wieder aufgerissen, wenn über die Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges in Schlesien berichtet wird? Es ist auch gefragt worden, ob nicht mancher dieser Berichte zu hart ausgefallen sei, weil die geistige Verarbeitung des Erlebten fehle? Hat es die Vertreibung überhaupt gegeben? Waren es nicht lediglich Einzelercheinungen, auch Exzesse, die man aber doch wohl nicht verallgemeinern darf?

Wer überwinden will, was geschehen ist, damit es sich nie mehr wiederhole, muß die ganze Wahrheit offenbaren. Es darf nichts, auch wenn es den Urhebern nicht gefallen will und diese vielleicht dann gleich mit dem selbst Erlittenen und nicht minder Grausamem aufwarten könnten und wollen, verschwiegen werden. Die Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache.

Niemand will und darf aufrechnen. Jedes Schicksal zählt. Ein Ermordeter war immer ein Ermordeter zu viel. Es werden nicht alte Wunden neu aufgerissen, sondern es wird lediglich darüber berichtet, was der Mensch dem Nächsten alles an Leid zufügen kann, aus Haß, aus Rache, aus angeblicher Sühne, in der selbstangemaßten Rolle eines Richters. ...

... Niemand ruft nach Rache und Vergeltung. Wer aber zu vergeben bemüht ist, muß wissen, wofür er diese Vergebung auszusprechen bereit ist, und ob auch der andere dazu bereit ist. Nur die Wahrheit ... führt in eine bessere Zukunft; bei aller Subjektivität geht es immer um die Wahrheit, zu sagen und andere wissen zu lassen, wie es tatsächlich gewesen ist. ...<<

Iran: Ein Erdbeben im Nordwest-Iran fordert im Jahre 1990 etwa 50.000 Todesopfer (x175/-60).

1991

Die Religion ist eine Art geistiger Fusel, in dem die Sklaven des Kapitals ihre Menschenwürde und ihren Anspruch auf eine halbwegs menschenwürdige Existenz ersäufen.

Lenin, eigentlich Wladimir I. Uljanow (1870-1924, russischer Politiker)

17.01.1991

Irak: Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreien die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und greifen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Vorgeschichte des 2. "Golfkrieges" (x068/369-371): >>... Eine Woche vor Iraks Angriff, am 25. Juli 1990, ließen die USA durch ihre Botschafterin im Irak, April Glaspie, den Iraker in Sicherheit wiegen. Wörtlich sagte sie, laut "ABC News" und "New York Times": "Herr Präsident, ich will Ihnen nicht nur versichern, daß Präsident Bush bessere und tiefere Beziehungen mit dem Irak wünscht, sondern er will auch, daß der Irak zum Frieden und zum Wohlstand im Nahen Osten beiträgt. Präsident Bush ist ein intelligenter Mann. Er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen den Irak erklären".

Und über den Grenzkonflikt zwischen Kuwait und Irak (der Kuwait nie als Staat anerkannt hatte, folglich auch die Grenze nicht) sagte die Botschafterin wieder wörtlich, "daß diese Frage Amerika nichts angehe. James Baker hat unsere offiziellen Sprecher angewiesen, diese Instruktionen zu betonen."

Derart beruhigt, fiel Saddam Hussein eine Woche später in Kuwait ein. Bush hüllte sich acht Tage in Schweigen. Dann forderte er den bedingungslosen Rückzug. Darauf gab es eine Menge Friedensbemühungen, Vermittlungsvorschläge, selbst von manchen Seiten, von denen man sie nie erwartet hätte, wie von der des Papstes.

Aber die USA wollten den Konflikt.

Die USA?

Nicht einmal der Kongreß wollte ihn zunächst, geschweige die Nation. Also das alte Problem: wie kriegt man sie herum?

Die Kuwaitis betrauten nun für mehr als zehn Millionen Dollar die New Yorker Firma Hill & Knowlton, das größte amerikanische PR-Unternehmen (ihr Vizepräsident war zuvor Büroleiter von George Bush) und ließen zuerst einmal herausfinden, was die Amerikaner am meisten verabscheuen. Es war Babymord.

Nun engagierte man ein fünfzehnjähriges kuwaitisches Mädchen, Nayirah, delikaterweise die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Sie hatte mit eigenen Augen das Gräßliche gesehen. "Ich sah die irakischen Soldaten. Sie kamen mit Gewehren ins Krankenhaus und haben die Babies aus den Brutkästen geholt. Die Brutkästen haben sie mitgenommen und die Babies auf dem kalten Boden sterben lassen. Es war entsetzlich."

Der Chirurg Dr. Issah Ibrahim bestätigte: "Die Babies zu begraben, das war am schlimmsten. Ich selbst habe 40 Neugeborene beerdigt, die von den Brutkästen geholt worden waren."

Die grauenhafte Brutkastenstory mit 312 gestorbenen Babies, diese wohl scheußlichste Tat von Saddams Soldateska, schockierte und empörte die Welt. Vom US-Rechtsausschuß bis zu Amnesty International war man zutiefst betroffen, angewidert, aufgewühlt.

"Die Babies wurden aus den Brutkästen gezogen und wie Feuerholz auf dem Boden verstreut", berichtete, leidzerquält, George Bush.

Und Nayirah, von dem New Yorker PR-Unternehmen offenbar besonders gut geschult, kam kaum von der Sache los: "Es war entsetzlich. Ich mußte die ganze Zeit an meinen neugeborenen Neffen denken, der zu dieser Zeit vielleicht auch schon gestorben war." Noch ein Opfer.

Unter dem Eindruck des Scheußlichen entscheidet sich zwei Tage später der UN-Sicherheitsrat für militärische Gewalt gegen den Irak. Und auch der Kongreß sieht jetzt "die Zeit gekommen, die Aggression dieses gnadenlosen Diktators aufzuhalten, dessen Truppen schwangere Frauen aufspießen und Babies aus den Brutkästen reißen." Mit knapper Mehrheit stimmt man für den Krieg.

Später geht man der Sache nach, forschen die Weltgesundheitsorganisation und Amnesty International in Kuwait, Ortsbesichtigungen, Besprechungen, mehr als ein Dutzend Ärzte werden befragt - nichts. Alles erstunken und erlogen. Doch der Zweck war erfüllt.

Nachdem die USA den achtjährigen Krieg Iraks gegen den Iran voll unterstützt, Saddam Hussein in jeder Weise gefördert und seine Verbrechen gegen die Kurden systematisch ignoriert

hatten, bekriegten sie ihn nun. Dabei ging es im Grunde nicht, wie man immer wieder vorgab, um den Einmarsch in Kuwait, es ging schon gar nicht um sonstige Kriminalitäten Saddams, sondern es ging um das Öl, um seine Fördermenge, seinen Preis, um eine antiirakische Kreditblockade, wobei man neue Kredite von der Privatisierung der Ölindustrie des Irak abhängig machte.

Es ging um das von den USA diktierte System der globalen Energieversorgung und damit letztlich darum, die Dritte Welt durch das Recht des Stärkeren unterzuordnen. Jeder Ausbruch Saddam Husseins aus der Dienerrolle war für den Weltherrscher nicht tolerierbar. Denn das hieß, mit den Worten des in Cambridge und Massachusetts lehrenden, international renommierten Noam Chomsky, "Befehle zu mißachten, und damit war er ein Krimineller. Du darfst ein Schlächter sein und ein Schurke und ein Mörder, und das ist völlig in Ordnung, solange du dich an deine Befehle hältst."

Saddam Hussein hatte bereits eine Woche nach seiner Invasion in Kuwait am 2. August 1990 einen Rückzugsvorschlag gemacht. Doch Bush wollte nicht Rückzug, er wollte Krieg. Er erklärte ganz glatt: "Es wird keine Verhandlungen geben", und hat auch weiterhin alle ernst zu nehmenden Verhandlungsmöglichkeiten zwischen dem August 1990 und Mitte Januar systematisch sabotiert.

Statt dessen setzte er ein gewaltiges Expeditionskorps, den wohl größten Truppenaufmarsch der USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Bewegung, im Bunde dabei vor allem mit Großbritannien und Israel, und begann die "Operation Wüstensturm" mit flächendeckenden Bombardements, die einen Großteil der irakischen Industrie und Infrastruktur zerstörten, nicht zuletzt aber auch Saddams bäuerliche Truppen, Schiiten meist und Kurden, im Wüstensand begraben. Dagegen schonte man offensichtlich Saddams Eliteeinheiten, ihnen tat man, noch einmal mit Chomsky, "nicht viel, die ließ man sozusagen beiseite, weil sie später gebraucht würden, um die Volksaufstände niederzuschlagen."

Die USA führten den Krieg "traditionell" und bakteriologisch, wobei der bakteriologische Angriff anscheinend mehr Opfer forderte als die gesamte Militäraktion. Nach Schätzungen sollen 70.000 bis 90.000 Menschen gestorben sein, "nachdem alles vorbei war." Ja, man vermutet, daß diese Zahl noch steigen wird.

Man führte den Krieg nicht zuletzt mit einer totalen Zensur, einer zynischen Verharmlosung sondergleichen, einer ständigen Täuschung der Weltöffentlichkeit, mit frommen Phrasen auch. Und nachdem Präsident George Bush sein Versprechen eingelöst hatte, Saddam Hussein in den Arsch zu treten (to kick his ass), und über etwa 150.000 Leichen geschritten war, inszenierte man, spektakulär und dröhnend, mit Konfettiregen und Luftballons, weltweit übertragene "Siegesparaden" der "Helden".

Um so nötiger alles, als sich bei der größten Weltmacht aller Zeiten längst ein militärisches oder patriotisches Trauma eingenistet hatte. Denn trotz ihrer gigantischen Übermacht mißlangen ihr die meisten kriegerischen Aktionen der letzten Jahrzehnte: in Korea konnten sie nicht siegen, in Laos, in Vietnam und Kambodscha wurden sie geschlagen. So war es nicht von ungefähr, daß das Washingtoner "Institute for Foreign Policy Analysis" der US-Militärgeschichte der letzten Jahrzehnte "eine Geschichte dauerhafter professioneller Unfähigkeit" attestierte.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Irakkrieg im Jahre 1991 (x348/12-14): >>**Die Neue Weltordnung**

_ von Gerhard Wisnewski

Die Operation Wüstensturm gegen den Irak war der erste Krieg nach dem Untergang des Warschauer Paktes. Er wurde an der medialen Front begonnen und gewonnen. Die Greuelpropaganda der Amerika griff alte Muster auf.

Man schreibt den 10. Oktober 1990. Vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses sagt ein hübsches, 15-jähriges Mädchen aus. Einen Namen oder Nachnamen hat es nicht, beziehungsweise nur einen falschen: "Nayirah".

Mit gedämpfter Stimme hatte John Porter, der Vize-Vorsitzende des Gremiums, "unsere Freunde in den Medien" gebeten, die falsche Identität zu respektieren, um Nayirah und ihre Familie zu schützen. Dann ist sie an der Reihe: Sie komme aus Kuwait, sagt sie, wo sie mit ihrer Mutter die Ferien habe verbringen wollen. Aber nach dem Einmarsch der Iraker (am 2. August 1990) habe sie sich freiwillig zum Dienst im Al-Idar Krankenhaus gemeldet. Immer wieder blickt sie schüchtern auf; ihre Stimme stockt. Was den Kindern von Kuwait angetan worden sei, habe ihr Leben für immer verändert.

"Während ich da war, sah ich, wie die irakischen Soldaten mit ihren Waffen ins Krankenhaus kamen. Sie nahmen die Babys aus ihren Brutkästen", schluchzt sie, "nahmen die Brutkästen mit und ließen die Babys auf dem kalten Boden sterben". Alle wissen, das bedeutet Krieg: Krieg der USA von Präsident Bush Senior gegen den Irak des Saddam Hussein, um Kuwait von diesem grausamen Invasoren und seinen Schergen zu befreien.

Das bedeutet Krieg

Was viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen: Das Mädchen ist keine unbedarfte 15-Jährige, sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, Saud bin Nasir Al-Sabah. Daher auch das fließende Englisch. Und was man sich nicht hätte träumen lassen: Die ganze Geschichte ist erstunken und erlogen. Das Mädchen war mit Hilfe der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton für seinen Auftritt geschult worden.

In Wirklichkeit heiße sie Nijirah al-Sabah, wird die Süddeutsche Zeitung später schreiben (21.5.2010). Der stellvertretende Chef von Hill & Knowlton, ein gewisser Craig Fuller, habe sie persönlich für den Auftritt vor dem Kongreß trainiert. Fuller war Bush Seniors ehemaliger Stabschef. Die Administration schulte also quasi ihre eigenen Zeugen, um die USA in einen Krieg gegen den Irak zu führen - zur Befreiung Kuwaits, einer absoluten Monarchie unter dem Herrscherhaus Al-Sabah, zu dem auch die Zeugin Nijirah al-Sabah gehört.

Bevor die Waffen sprechen, sprechen die Lügner

Bevor die Waffen sprechen, sprechen erst einmal die Lügner. Und zwar nicht erst seit 1990. In Wirklichkeit fußt das gesamte Schicksal der Menschheit auf erfolgreichen Lügen, vor allem Kriegslügen. Ohne sie sähe die Welt wohl anders aus. So hätte es zum Beispiel keinen spanisch-amerikanischen Krieg gegeben, der 1898 durch die angebliche Versenkung des US-Kriegsschiffes Maine im Hafen von Havanna ausgelöst wurde. Vielleicht wären die USA auch nie in den Ersten Weltkrieg gezogen, wenn nicht das Passagierschiff Lusitania 1915 genau vor die Torpedorohre deutscher U-Boote geschickt worden wäre.

Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde auch erst durch eine Lüge möglich, nämlich den angeblich überraschenden Angriff der Japaner auf die US-Marine-Basis Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. In Wirklichkeit hatten die Amerikaner die japanische Flotte seit Wochen auf dem Schirm. In den sechziger Jahren brauchten die Vereinigten Staaten eine weitere Lüge, um ihren Vernichtungskrieg gegen Vietnam führen zu können - den angeblichen Überfall auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tongking durch nordvietnamesische Schnellboote 1964. Heute wissen wir: Den Angriff hat es nie gegeben.

Ergebnis: Hetzpropaganda

Was die angebliche Zeugenaussage Nayirahs angeht, hätte man nüchtern betrachtet auch gleich darauf kommen können, daß damit etwas nicht stimmen konnte. Schließlich wies "Nayirahs" abgelesener Text die typischen Merkmale von Propaganda auf:

- auf die Spitze getriebene, sinnlose Greuel;
- Zivilisten, insbesondere Kinder, als Opfer;
- totale "Überdrehung" (unnatürliche Übertreibung und Verdichtung von Greueln);

- Darstellung des Feindes als "tollwütig" und "außer Rand und Band";
- extrem aufstachelnde Wirkung.

Propagandawaffe Kind

Der Sinn bestand darin, das Denken auszuschalten und die Gefühle direkt in Handlungen umzusetzen: War das nicht so schrecklich, daß man sofort etwas unternehmen mußte - und zwar ohne weitere Fragen zu stellen? Das Motiv der gequälten Kinder ist geradezu ein Klassiker zur Rechtfertigung aller möglichen totalitären und kriegerischen Maßnahmen. Mit dem Leid von Kindern läßt sich alles Mögliche begründen, seien es die Kriegspläne eines George Bush, die komplette Entwaffnung der Bevölkerung (nach immer neuen "Amokläufen") oder eben andere totalitäre Pläne.

Denn Kinder werden nicht nur sexuell mißbraucht, sondern auch politisch. Ihr Leid ist so wirksam, weil einen ihre Mißhandlung in eine sprachlose Wut versetzt. Das war nicht erst 1990 so, als George Bush Senior einen Krieg gegen den Irak anzetteln wollte. Schon "Napoleon war in England als Menschenfresser verfeimt, der sich vom Fleisch kleiner Kinder ernährte", so Hermann Joseph Hiery in dem Buch Angst und Politik. Im Ersten Weltkrieg verbreiteten dann die Engländer die Propagandalüge, die Deutschen würden belgischen Kindern Arme und Beine abhacken.

Schon damals wurde Kaiser Wilhelm II. als "Schlächter von Berlin" bezeichnet und mit einem blutigen Messer in der Hand dargestellt - ähnlich wie 80 Jahre danach Saddam Hussein. Erst viele Jahre später wurde die Lüge in einer BBC-Dokumentation aufgedeckt und quasi "zurückgenommen".

Im Grunde genommen tauscht die angloamerikanische Propaganda in ihren Kriegslügen seit etwa 100 Jahren nur die Namen ihrer geostrategischen Feinde aus. Und die Sache mit den gequälten Kindern ist einfach zu gut und das Gedächtnis der Menschheit zu schlecht, um sie nicht wieder und wieder zu benutzen. Noch am Abend des 10. Oktober 1990 wurde Nayirahs "Zeugenaussage" in den amerikanischen TV-Nachrichten ausgestrahlt und erreichte Millionen Zuschauer. Nicht weniger als sieben Senatoren zitierten Nayirahs Erzählungen in ihren Kriegsreden. Und auch Präsident George Bush Senior nahm etwa ein Dutzend Mal auf Nayirahs Horror-Story Bezug.

Amnesty und die Brutkastenlüge

Die Berichte von den "ermordeten Babys" waren schon seit der irakischen Invasion in Kuwait am 2. August 1990 in die USA lanciert worden. "Nayirahs" Job war es, der Sache ein Gesicht zu geben und sie auf höchster Ebene emotional zu präsentieren. Sozusagen der letzte Schuß auf das "psychologische Tor". Sogar Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügenpartie. In einem Amnesty-Bericht vom 19. Dezember 1990 über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait kam auch die Brutkastenlüge vor.

Ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, der Rechtsprofessor Francis Boyle, sagte später in einem Interview, der Bericht sei "schlampig und ungenau" gewesen: "Ich hatte den Eindruck, daß er nicht durch die normalen Qualitätskontrollen gegangen war. ... Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß die Geschichte mit den Babys absolut sensationsheischend war, in den USA ganz sicher für Kriegstreiberei genutzt werden würde und die Weichen für einen Krieg stellen könnte. Und deshalb hätten wir die Sache wirklich zwecks Überprüfung zurückziehen sollen.

Aber sie (Amnesty) taten es nicht. ... Schließlich veröffentlichten sie den Report, und Sie wissen, welche schrecklichen Auswirkungen das im Hinblick auf die Kriegspropaganda hatte. Mehrere der US-Senatoren, die für einen Krieg stimmten, sagten, daß der Amnesty-Report sie beeinflusst habe." (*Covert Action Quarterly*, Sommer 2002, Ausgabe 73, S. 9-12)

Prompt wedelte im Fernsehen auch US-Präsident George Bush Senior mit dem Amnesty-Bericht herum. Und noch am 8. Januar 1991 wiederholte ein leitender Mann von Amnesty die

Lüge vor dem Kongreß-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar, stimmte der US-Kongreß für den Krieg. Am 16. Januar flogen die ersten Bomben auf den Irak.

Grünes Licht von den Vereinigten Staaten

Was dabei völlig unterging: Der Krieg war von Anfang an ein Produkt der Vereinigten Staaten. Da kein "Diktator" so verrückt ist, ohne Zustimmung des "Großen Bruders" ein Land zu besetzen und eine Öl-Region neu zu ordnen, sicherte sich auch Saddam Hussein vor dem Einmarsch in Kuwait ab.

Zu diesem Zweck traf er sich am 25. Juli 1990 mit der amerikanischen Botschafterin in Bagdad, April Glaspie. Dabei klagte Saddam darüber, von Kuwait in die Enge getrieben worden zu sein. Und zwar zum einen durch Preisdrückerei der Kuwaitis beim Rohöl, wodurch er seine Kriegsschulden (aus dem Iran-Irak-Krieg) gegenüber dem Land nicht abzahlen könne. Und zum zweiten durch illegale Ölbohrunternehmen an der kuwaitisch-irakischen Grenze.

Dort hatten die Kuwaiter mit Hilfe schräger Bohraktionen irakische Ölfelder angebohrt, wodurch dem Irak Milliardenverluste entstanden.

Was Saddam nicht wußte: Die USA und Kuwait stimmten in der beabsichtigten Schwächung Iraks im wesentlichen überein. Daher versuchte der irakische Herrscher, bei Glaspie die Haltung der USA zu einem Einmarsch in Kuwait zu sondieren. Glaspie spielte die Desinteressierte und vermittelte den Eindruck, daß die USA sich heraushalten würden. Die USA hätten "keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, wie Ihre Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait", log die US-Botschafterin.

Dies habe auch Außenminister James Baker betont. Außerdem ließ das US-Außenministerium den Irak wissen, es bestünden "keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheits-Verpflichtungen gegenüber Kuwait".

"Die Vereinigten Staaten mögen nicht beabsichtigt haben, Saddam Grünes Licht zu geben", schrieben die renommierten Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt später, "aber im Endeffekt taten sie genau das." Kaum war Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert, saß er in der Klemme. Die USA spielten die Überraschten - und Saddams Einmarsch in Kuwait zum Verteidigungsfall der "Freien Welt" gegenüber einem böswilligen Diktator hoch.

Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spricht für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben. Solche Brandwaffen wurden 1980 von der UNO verboten.

Wer Propaganda sät, wird Krieg ernten

Die Greuelthaten, die man Saddam Husseins Soldaten unterstellte, wurden nun von den Vereinigten Staaten und ihrer Kriegskoalition begangen. Möglich wurde das erst durch die totale Entmenschlichung des Gegners, wie in Nijirah al-Sabahs "Zeugenaussage" geschehen. "Nachdem Saddam Hussein im Einklang mit der UN-Resolution 660 einen vollständigen Truppenabzug aus Kuwait angekündigt hatte", wurden beispielsweise Tausende fliehender Zivilisten und Soldaten auf der Straße von Kuwait-Stadt nach Basra bombardiert: "US-Flugzeuge stoppten den Konvoi, indem sie die Fahrzeuge vorne und am Ende zerstörten", heißt es in einem Bericht des früheren US-Justizministers Ramsey Clark.

"Anschließend zerbombten und beschossen sie das Verkehrschaos stundenlang". "Über 60 Meilen waren mehr als 2.000 Fahrzeuge und Zehntausende von verbrannten und verstümmelten Leichen verstreut", so Clark. Im Unterschied zu Nayirahs "Brutkastenmassaker" wurden die Überreste dieses Gemetzels in Film und Bild dokumentiert.

Zwischen den Militärfahrzeugen sah man zahlreiche Busse und Personenkraftwagen. Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spreche für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben, die durch die Genfer Konvention von 1977 ver-

boten seien, so Clark.

Es gebe "deutliche Anzeichen, daß viele der Getöteten palästinensische und kuwaitische Zivilisten waren, die vor den zurückkehrenden kuwaitischen Truppen fliehen wollten." Insgesamt forderte der Golfkrieg Zehntausende von Opfern, die genauen Zahlen sind umstritten.

"Kuwait ist frei. Danke Amerika!", titelte die deutsche Wochenzeitung Die Zeit nach dem "erfolgreichen" Abschluß dieses Golfkrieges 1992. Was eine deutsche Wochenzeitung eben so unter Freiheit versteht. Denn nach dem Krieg wurde aus der absoluten Monarchie Kuwait lediglich eine "konstitutionelle Monarchie" - mit einem Verwandten von "Nayirah" als nach wie vor unantastbarem Herrscher: dem Emir Sheikh Sabah al-Ahmad al-Sabah.<<

18.01.1991

BRD: Die CDU-Bundestagsabgeordnete Angela Merkel (seit 2005 Bundeskanzlerin der CDU-CSU/SPD-Regierung) wird am 18. Januar 1991 als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt.



Abb. 87 (x323/6): Angela Merkel als Frauenministerin im Dritten Kabinett Kohl (1991).

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit dem 22. November 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:

Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung

der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018.

Diese "staatlich" angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen fügten der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu und werden letzten Endes den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland unumkehrbar zerstören sowie den deutschen Sozialstaat vollständig liquidieren.

Die Autorin Lena Sokoll veröffentlicht später (im Jahre 2005) auf dem trotzkistischen Online-Portal "World Socialist Web Site" folgenden Beitrag über die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel (x860/...): >>Die Karriere der Angela Merkel

Teil 1: DDR - Jugend und Einstieg in die Politik

Die eben gekürte Kanzlerkandidatin der CDU wird gerne als Phänomen im deutschen politischen Betrieb beschrieben. Dies gründet sich zum einen auf Merkmale ihrer Person (geschiedene und in zweiter Ehe wieder verheiratete, kinderlose Frau, Protestantin, Ostdeutsche), die generell als untypisch und Karrierehemmnis in der konservativen Partei angesehen werden. Zum anderen herrscht ein öffentliches Bild von ihr, zu dem sie selbst aber auch ihre Förderer kräftig beigetragen haben, daß sie nach der Wende als Nobody oder völlig unbeschriebenes Blatt in die Politik gekommen sei und ohne Seilschaften und Beziehungen ihren sensationellen Aufstieg in die erste Liga der deutschen Politik vollzogen habe.

Fraglos hat Merkel eine beispiellose Karriere hingelegt, seit sie vor 15 Jahren Mitglied der CDU wurde, was ihr nicht zuletzt auch zahlreiche Feinde in den eigenen Reihen geschaffen hat: Anders als praktisch sämtliche anderen Vertreter der Parteispitze ist Merkel nicht durch jahre- und jahrzehntelange Arbeit in Jugend-, Orts- und Kreisverband der westdeutschen Union gegangen, um sich langsam Beziehungen aufzubauen, auf sich aufmerksam zu machen und sich für einen Listenplatz, ein Mandat und höhere Position zu empfehlen. Merkel ist statt dessen auf der Überholspur an ihren altgedienten westdeutschen Parteikollegen vorbei an die Parteispitze und auf den Posten der Kanzlerkandidatin gerast.

Die Physikerin Merkel hatte sich nach dem Mauerfall 1989 erstmals einer politischen Partei, dem Demokratischen Aufbruch (DA), angeschlossen, wurde jedoch bereits vier Monate später Sprecherin der ostdeutschen CDU-Regierung unter Lothar de Maizière. Nach der Wiedervereinigung 1990 holte Kanzler Helmut Kohl die damals 36-Jährige, die zu diesem Zeitpunkt erst seit einem halben Jahr CDU-Mitglied war, als Ministerin ins Kabinett. Mit der herben Wahlniederlage der Konservativen bei der Bundestagswahl 1998 verlor Merkel ihr Ministeramt, wurde aber noch im selben Jahr zur Generalsekretärin der CDU gewählt.

Ein gutes Jahr später betrieb sie anlässlich der CDU-Spendenaffäre aktiv die Absetzung des Ehrenvorsitzenden der Union, ihres einstigen Förderers Kohl, um im April 2000 selbst den Parteivorsitz zu übernehmen. Auch wenn sie bei der Bundestagswahl 2002 in der Frage der Kanzlerkandidatur noch gegen Edmund Stoiber zurückstecken muß, hat sie seitdem durch Personalentscheidungen und die Übernahme des Fraktionsvorsitzes im Bundestag ihre Machtposition innerhalb der Union weiter ausgebaut und die parteiinterne Konkurrenz in Schach gehalten, so daß ihre diesjährige Kanzlerkandidatur zumindest nach außen unangefochten blieb.

Wie ist dieser rasante politische Werdegang Merkels zu erklären? Was brachte Merkel mit, daß sie nach einem halben Jahr CDU-Mitgliedschaft bereits ein Ministeramt besetzte? Versuche von Biografen und Feuilletonisten, ihre Karriere auf Zufall, Glück oder Charaktereigenschaften wie Durchsetzungsvermögen und Machtinstinkt zurückzuführen, bleiben hohl, weil

sie die politischen und sozialen Interessen und Rahmenbedingungen ignorieren, unter denen ihr Aufstieg stattfand.

Merkel ist unmittelbar nach der Wende in der DDR keineswegs als unbeschriebenes Blatt ohne Beziehungen in die Politik gegangen. Durch ihren Vater verfügte sie über Zugang zu einflußreichen Kirchenkreisen, die enge Verbindungen zu den Spitzen der DDR-Regierung unterhielten und seit den fünfziger Jahren dazu beitrugen, politische Opposition gegen das stalinistische Regime unter Kontrolle zu halten. Während der Wende spielten diese Kirchenkreise eine zentrale Rolle dabei, die Protestwelle in Ostdeutschland in Bahnen zu lenken, die schließlich zur Restauration des Kapitalismus und zum Anschluß an die Bundesrepublik führten.

Herkunft aus DDR-Kirchenkreisen

Geboren in Hamburg als Angela Dorothea Kasner wuchs Merkel im brandenburgischen Templin als Pfarrerstochter auf. Ihr Vater Horst Kasner war nach seinem Theologiestudium im Westen 1954 nach Ostdeutschland zurückgekehrt und leitete dort den "Waldhof", ein Fortbildungszentrum der evangelischen Kirche für Pfarrer und Prediger mit angegliedertem Pflegeheim. Ein geeigneter Ort, um in DDR-Kirchenkreisen Bekanntschaften zu schließen. Auf dem Waldhof lernte unter anderem Rainer Eppelmann, der spätere Gründer der Partei Demokratischer Aufbruch, in der nach der Wende Merkels politische Karriere beginnen sollte.

Merkels Vater zählte zu den Kirchenvertretern, die unter dem Schlagwort "Kirche im Sozialismus" einen Kurs vertraten, der Loyalität zu Regime und Kirche miteinander verband. In den frühen 1950-er Jahren hatte die SED einen "Kampf" gegen den Einfluß der Kirchen geführt, ab 1953 - unter dem unmittelbaren Eindruck des Arbeiteraufstands gegen den stalinistischen Staat - schlug die Ulbricht-Regierung allerdings einen vermittelnden Weg ein, mit dem versucht wurde, die kirchlichen Institutionen zur Herrschaftsstabilisierung einzusetzen und in das Staatssystem zu integrieren.

Insbesondere die evangelische Kirche näherte sich dem Regime bald über den "Weißenseer Arbeitskreis" an, in dem auch Horst Kasner mitwirkte. Ab 1971 definierte sie sich schließlich offiziell als "Kirche im Sozialismus" und erhielt dadurch einen öffentlichen Einfluß, der für den gesamten Ostblock beispiellos war.

Mit zunehmender Annäherung zwischen Staat und Kirche und der wachsenden ökonomischen und innenpolitischen Krise der DDR übernahm die Kirche neben der Stabilisierung im Innern auch diskret diplomatische Funktionen im deutsch-deutschen Verhältnis. Über sie liefen seit den frühen 1960-er Jahren der Häftlingsaustausch und wesentliche Teile des finanziellen Transfers - höchst bedeutende politische Ost-Westkontakte, die sicherlich später den DDR-Kirchenkreisen den Weg in die gesamtdeutsche Politik erleichterten

Für Verhandlungen, Absprachen und das Ausräumen von Konflikten zwischen Kirche und Staat innerhalb der DDR unterhielten beide Seiten Vertreter - eine herausragende Rolle spielten hier der hochrangige evangelische Kirchenfunktionär Manfred Stolpe, einer der politischen Vordenker der "Kirche im Sozialismus", und der Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi, Vater des PDS-Politiker Gregor Gysi. In Gysis Amtszeit konsolidierte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wesentlich und der Kirche wurden zahlreiche Privilegien zugestanden (u.a. kirchliche Sendungen in den Medien, Finanzaufweisungen, Kirchenbauprogramme).

Eine weitere wichtige Mittlerinstanz fiel auch den Rechtsanwälten zu, die christliche Gruppen gegenüber dem Staat vertraten, gleichzeitig aber auch nicht selten Zuträger des Ministeriums für Staatssicherheit waren. Auch hier bekannte Namen: Lothar de Maizière und Wolfgang Schnur waren nicht nur aktive Christen und Stasi-Informanten, sondern später auch Merkels politische Förderer der ersten Stunde.

Aufgewachsen in solchen Kreisen, verfügte Angela Kasner schon früh über Beziehungen, die

sie zu ihrem Vorteil einsetzen konnte. So berichtet Wolfgang Stock in seiner autorisierten Merkel-Biographie, daß die Schulklasse der damaligen Abiturientin ihren unbeliebten Lehrer ärgern wollte, indem sie keinen Beitrag zum obligatorischen Kulturprogramm der Schule vorbereitete und schließlich eine improvisierte Vorstellung gab. Die Schüler sollten bestraft werden, doch eine Intervention der Kasners gab dem ganzen eine Wendung:

"Eine Petition wird verfaßt, die Angela persönlich zu Manfred Stolpe, dem obersten Kirchenjuristen der DDR, nach Berlin ins Stefanusstift bringt. ... Dank der Kirchenschiene greift 'Berlin' ein: Angelas Klassenlehrer wird gemäßregelt, ... die Schüler bekommen 'nur' einen Verweis beim 'Fahnenappell'."

Nach dem Abitur studierte Angela Kasner Physik, heiratete und wurde an der Berliner Akademie der Wissenschaften aufgenommen, wo sie 1986 promovierte. In ihrer Studienzeit war sie Sekretärin für Agitation und Propaganda der regimetreuen Jugendorganisation FDJ, ein Amt, das sie inzwischen gern als "Kulturbeauftragte" bezeichnet.

Ein Stasi-Spitzel am Institut, der vorrangig den Dissidentensohn Ulrich Havemann beobachten sollte, gab auch über seine Bürokollegin Merkel Auskunft. Von einem inneren Widerstand gegen die SED-Herrschaft, den Merkel in ihren autorisierten Biographien und Interviews zu ihrer Geschichte herauszustellen versucht, kann nach der Stasi-Quelle keine Rede sein. So recherchierte die Zeitschrift "Stern" in den Archiven: "IM Bachmann berichtet nichts politisch Brisantes, im Gegenteil, ein ums andere Mal hebt er Angelas 'positive politische Grundeinstellung' hervor. Ansonsten berichtet er vor allem Privates, Persönliches. Aus ihrem kleinen, sicheren Leben eben."

Die wachsende Protest- und Widerstandsbewegung in der DDR des Jahres 1989 interessierte Merkel zunächst offenbar nicht. "Ach, mal gucken, was draus wird", soll sie einem Institutskollegen geantwortet haben, der nicht verstehen konnte, daß jemand in diesen Tagen nicht auf die Straße oder zu politischen Versammlungen ging. Erst als die Mauer geöffnet und der Machtverlust der SED unübersehbar geworden war, begann sie sich politisch neu zu orientieren und begab sich auf die Suche nach einer Partei.

Die evangelische Kirche und ihre Vertreter hatten angesichts des Massenprotestes gegen das Regime eine Schlüsselrolle gespielt, einen offenen Aufstand zu verhindern und die Opposition zu kanalisieren, um eine geordnete Umwandlung der unhaltbar gewordenen politischen Ordnung herbeizuführen. Die sogenannten Runden Tische unter kirchlicher Moderation wurden eingerichtet, um den Systemwechsel zu ermöglichen, ohne daß die Arbeiterklasse direkt mit den stalinistischen Schergen abrechnete und sich eigene, unabhängige Vertretungen aufbaute. Die Kirchen riefen zur prinzipiellen Gewaltlosigkeit auf und sorgten sich vor allem um die Wahrung des sozialen Friedens.

Damit leisteten sie nicht nur der SED im Rahmen der altbewährten Kooperationsgemeinschaft Kirche-Staat einen letzten Dienst, sondern handelten auch im Interesse der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer politischen Parteien, die wiederum ihre guten Kontakte zu ostdeutschen Kirchenvertretern nutzten, um das Schicksal der DDR schnell und zu Gunsten des westdeutschen Kapitalismus zu entscheiden. Bei allen sonstigen Differenzen zwischen dem politischen Führungspersonal in Ost- und Westdeutschland gab es hier eine grundlegende Gemeinsamkeit, die beide auch mit der Kirche teilten: Eine tiefe Abneigung gegenüber selbstständigen Regungen in der Bevölkerung, die sich aus der Angst vor einer für sie unkontrollierbaren revolutionären Entwicklung in der Arbeiterklasse speiste.

Auch die 1989 neu entstandenen Parteien in der DDR waren größtenteils von Kirchenvertretern oder kirchennahen Persönlichkeiten gegründet worden, ebenso kamen bei der personellen Erneuerung der ehemaligen Staatsparteien zahlreiche Personen mit Kirchenverbindungen an die Spitze.

Der Beginn einer politischen Karriere

Angela Merkel schloß sich im Dezember 1989 dem Demokratischen Aufbruch (DA) an, der von den Pastoren Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer sowie dem Vertrauensanwalt der evangelischen Kirche in der DDR Wolfgang Schnur gegründet worden war. Bereits zwei Monate später avancierte sie zur Pressesprecherin des DA, der für die schnelle Einführung des Kapitalismus in Ostdeutschland eintrat und sich politisch an der westdeutschen CDU orientierte.

Bei den ostdeutschen Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 trat der DA gemeinsam mit der Ost-CDU in dem von Helmut Kohl initiierten Parteienbündnis "Allianz für Deutschland" an und erfüllte dort im Wesentlichen die Funktion, der Ost-CDU - die wegen ihrer Geschichte als ehemalige Blockpartei und damit Stütze des stalinistischen Regime weitgehend diskreditiert schien - den Anstrich eines Neuanfangs und Bruchs mit alten Traditionen zu verleihen.

Der DA erhielt - nicht zuletzt weil sein Spitzenkandidat Schnur kurz vor der Wahl als langjähriger Stasi-Spitzel enttarnt wurde - lediglich 0,9 Prozent der Stimmen, doch die Ost-CDU, ihr Bündnispartner, wurde wider eigene Erwartungen stärkste Partei. Deren Spitzenmann Lothar de Maizière wurde damit Ministerpräsident der letzten DDR-Regierung, die ihre wichtigste Aufgabe in der Auflösung des Staates und dem Anschluß an die Bundesrepublik sah.

Lothar de Maizière war langjähriges Mitglied der Ost-CDU, aber erst kurz vor der Wahl an die Parteispitze getreten. In der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow hatte der Jurist das Amt des Ministers für Kirchenfragen inne, gleichzeitig verfügte er über hervorragende Kontakte zur politischen Elite Westdeutschlands: Sein Onkel Ulrich de Maizière hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in maßgeblicher Position die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik organisiert und u.a. das Amt des Generalinspektors der Bundeswehr bekleidet.

So war es wohl mehr als ein glücklicher Zufall, daß Merkel am Tag der Volkskammerwahl die Wahlparty des DA schnell verließ, um sich auf der Feier der CDU an Thomas de Maizière, Cousin von Lothar und Sohn von Ulrich, mit der Bitte um Postenvergabe in der neuen Regierung zu wenden.

"Sie können glücklich sein, daß Sie so feine Kerle wie uns vom 'Demokratischen Aufbruch' in der 'Allianz für Deutschland' dabeihaben. Ich hoffe doch, daß das bei der Regierungsbildung anständig berücksichtigt wird", hat sie nach eigenem Bekunden dem Vertreter der in Ost und West einflußreichen Familie gesagt, der später selbst CDU-Landesminister in Sachsen werden sollte. Lothar de Maizière, der auch mit Merkels Vater bekannt war, griff Merkels Wunsch nach einem hohen Amt auf und machte sie zu seiner Regierungssprecherin.

Der DA löste sich im August 1990 in die Ost-CDU auf, die sich wiederum anläßlich der Wiedervereinigung im Oktober desselben Jahres in die West-CDU auflöste. Merkels Job war gemeinsam mit der DDR verschwunden, doch die wenigen Monate hatten gereicht, um ihre Kontakte auszubauen und zu festigen.

Zum engsten Kreis um Lothar de Maizière gehörte sie gemeinsam mit Günther Krause, der als Parlamentarischer Staatssekretär die Währungs- und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik aushandelte. Empfehlungen von Krause und de Maizière brachten ihr eine Einladung zu Kohl ins Bonner Kanzleramt. Krause verschaffte ihr als CDU-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern einen Wahlkreis bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990.

Die Karriere der Angela Merkel

Teil 2: BRD - Von Kohls "Mädchen" zur Kanzlerkandidatin

Kohls Versprechen "blühender Landschaften" im Osten verhalfen der CDU bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 zum Wahlsieg. Kaum ein Jahr nach ihrem Eintritt in den Demokratischen Aufbruch (DA), nach nur sechs Monaten Mitgliedschaft in der CDU, wurde Merkel im Januar 1991 als Ministerin für Frauen und Jugend im Kabinett Kohls

vereidigt.

In ihrer Zeit als Kabinettsmitglied ließ Merkel kaum eine Gelegenheit aus, ihrem mächtigen Förderer Kohl als "Vater der Einheit" zu huldigen. Sie schloß sich keiner Parteifraktion an, stützte aber im Wesentlichen die Forderungen der rechtesten Elemente innerhalb der Konservativen. So stellte sie sich in der Debatte um die Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 hinter die fanatischen Abtreibungsgegner in der Union, indem sie sich gegen eine Fristenlösung aussprach, forderte die Wiedereinführung von Kopfnoten für Fleiß und Betragen in den Schulen und schlug ernsthaft die Einführung des Schulfachs "Völkerkunde" als Mittel gegen rassistische Gewalt vor.

Schon in ihren frühen Jahren als bundesdeutsche Politikerin bewies Merkel, daß sie in der Lage war, Affären ihrer einstigen Förderer zu nutzen, um sich selbst im politischen Betrieb nach oben zu katapultieren und ihre Position in der Partei zu stärken.

Lothar de Maizière, der nach der Wiedervereinigung Kohls Stellvertreter im Parteivorsitz geworden war, trat nach der Enthüllung des "Spiegel", daß er als Informant für die Stasi gearbeitet hatte, von seinem Amt zurück. Protegiert von Kohl - der sich mit loyalen Gefolgsleuten umgab und noch nicht ahnte, daß von der damals 37-jährigen Ostdeutschen, seinem "Mädchen", später eine Gefahr für ihn selbst ausgehen würde - wurde Merkel auf dem Dresdner Parteitag der CDU in das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden gehoben.

Ein anderer wichtiger Förderer Merkels, Günther Krause, der inzwischen als Verkehrsminister in der Bundesregierung saß und u.a. die Deutsche Bundesbahn privatisierte, schien nach zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Fällen von persönlicher Vorteilsnahme im Amt für Kohl nicht mehr haltbar und wurde 1993 als Minister abgesetzt. Obwohl Krause hoffte, seinen CDU-Landesvorsitz in Mecklenburg-Vorpommern behalten zu können, setzte sich auch hier Merkel mit Kohls Rückendeckung durch und übernahm seinen Posten in dem Bundesland.

Bei der Bundestagswahl 1994 konnte die Kohl-Regierung noch einmal mit knappem Vorsprung ihre Macht verteidigen. Merkel blieb im Kabinett und rückte vom wenig beachteten und recht einflußlosen Frauenministerium zur Umweltministerin auf. Eine ihrer ersten Amtshandlungen bestand darin, den ihr untergeordneten Staatssekretär Clemens Stroetmann aus dem Ministerium zu entfernen. Der an sich schon ungewöhnliche Schritt erregte auch deshalb Aufsehen, weil Stroetmann sich bereits unter Merkels Vorgänger im Amt Klaus Töpfer einen Namen als kompetentester Mann im Umweltministerium erarbeitet hatte. Merkel wollte jedoch keineswegs einen "heimlichen Umweltminister" neben sich dulden.

Den Ruf einer Erfüllungsgehilfin der Atomindustrie erlangte Merkel, als sie 1995 gegen den massiven Widerstand in der Bevölkerung und den Protest des Landes Niedersachsen Atom-mülltransporte in das umstrittene Zwischenlager Gorleben durchsetzte. 7.600 Polizisten schützten den Castor-Transport im April 1995, und Merkel bezeichnet es noch in ihrer 2004 erschienenen Interviewsammlung "Mein Weg" als eine ihrer "größten Leistungen", in dieser Situation das "Gewaltmonopol des Staates" durchgesetzt zu haben.

Ihr Biograph Stock notiert zur gleichen Frage Merkels Auffassung, daß ein "Grundübel in der westdeutschen Politik darin (liegt), daß diese immer wieder unentschieden war. 'Das hat nicht dazu geführt, daß das Anrennen gegen den Staat geringer geworden ist'."

Merkels gute Verbindungen zur deutschen Atomindustrie sind seit ihrer Zeit als Umweltministerin nicht abgerissen. Einer der wenigen konkreten Programmpunkte, den Merkel für ihre erwartete Kanzlerschaft bereits angekündigt hat, ist die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke.

An die Spitze der Union

Als die Union bei der Bundestagswahl 1998 eine herbe Niederlage erfuhr und die Regierung von SPD und Grünen unter Schröder an die Macht kam, verlor Merkel ihr Ministeramt, setzte

aber nun ihre parteiinterne Karriere fort. Noch im November des Wahljahres wurde sie von dem neuen Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble auf den Posten der CDU-Generalsekretärin gehoben.

Die Wahlniederlage ließ in der CDU heftige Spannungen an die Oberfläche treten, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg entwickelt hatten und sich quer durch die Partei zogen, von der einfachen Mitgliedschaft bis in die Führung.

Das schlechte Wahlergebnis wurde unionsintern weitgehend der Person Kohls angelastet - Ausdruck der enormen Unzufriedenheit mit dem Parteichef, der es über seine gesamte 16-jährige Regierungszeit hinweg immer meisterhaft verstanden hatte, sich mit loyalen Gefolgsleuten zu umgeben und seine zahlreichen Kritiker in der Partei praktisch auszuschalten. Nach dem Regierungsverlust sah sich Kohl gezwungen, die Führung der Partei in die Hände von Wolfgang Schäuble zu übergeben, gleichzeitig ließ er sich in das eigens für ihn kreierte Amt des "Ehrevorsitzenden" befördern.

Daß Schäuble - mit ausdrücklicher Billigung Kohls - gerade Merkel zur Generalsekretärin machte, hatte dabei sichtlich wenig mit ihrer Eignung für das Amt zu tun. Merkel war zwar nunmehr knapp acht Jahre Kabinettsmitglied der Regierung Kohl gewesen, aber auch ebenfalls seit nur acht Jahren CDU-Mitglied, was sie kaum für eines der höchsten Führungsämter in der Partei qualifizierte.

Schäubles Wahl stellte vielmehr einen Versuch dar, die internen Kämpfe zu beruhigen und die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei in Schach zu halten, indem er ihnen eine amorphe Generalsekretärin vorsetzte, die aus keinem der mächtigen westdeutschen "Ställe" der Union kam und sich keiner bestimmten Fraktion fest angeschlossen hatte.

Teile der Partei drängten auf eine politische Neupositionierung der CDU und einen Bruch mit Kohl, der sich auch deshalb über vier Amtszeiten an der Macht halten konnte, weil er hohe Staatsausgaben in Kauf nahm, um einen gewissen Interessensausgleich und den sozialen Frieden im Land zu wahren. Doch auch nach dem Ende seiner Kanzlerschaft behielt Kohl durch sein engmaschiges Netzwerk innerhalb der Union die Fäden in der Hand und der neue Vorsitzende Schäuble setzte lediglich auf langsame und vorsichtige Veränderungen in der Programmatik. Eine Gelegenheit, mit Kohl und seiner Politik radikal aufzuräumen, ergab sich jedoch bald mit der sogenannten "Spendenaffäre" der CDU.

Gegen Ende des Jahres 1999 erfuhr die Öffentlichkeit, daß die Union über Jahre hinweg auf geheimen Konten "Spenden" - offenkundig Bestechungsgelder aus der Wirtschaft - in Millionenhöhe versteckt hatte. Über Wochen hinweg brachten Presse und die ermittelnde Staatsanwaltschaft immer neue Vorwürfe und Enthüllungen ans Licht und schnell wurde deutlich, daß es sich nicht nur um ein korruptes Gebaren Einzelner handelte, sondern um ein kriminelles System: Große Geldeinnahmen der Partei wurden im Rechenschaftsbericht nicht deklariert, ihre Herkunft und Zweckbestimmung vertuscht und die so versteckten Schmiergelder genutzt, um bestimmten Personen eine finanzielle Erkenntlichkeit von Seiten der Partei zukommen zu lassen oder sie im "Kampf gegen die Linke" flexibel einzusetzen.

Mit den fortschreitenden Enthüllungen geriet Helmut Kohl massiv unter Druck und gab schließlich im Dezember 1999 während einer Talkshow zu, daß er persönlich auch Millionenspenden entgegengenommen hatte, weigerte sich aber beharrlich, die großzügigen Gönner zu benennen. Die Empörung gegenüber Kohl und den Machenschaften in der Unionsführung wuchs in der Öffentlichkeit wie in der CDU-Mitgliedschaft, und der zuvor unantastbare Ehrevorsitzende konnte zum Abschluß frei gegeben werden.

Merkel erkannte und ergriff die Gelegenheit der Spendenaffäre, um nicht nur Kohl sondern auch seinen zögerlichen Nachfolger Schäuble loszuwerden und sich selbst an die Spitze der neu aufstrebenden Kräfte in der Partei zu setzen.

Sie plazierte ohne Rücksprache mit dem Vorsitzenden Schäuble einen Artikel in der "FAZ",

in dem sie im Namen der Partei auf Distanz zu Kohl ging, und stellte sich auf diesem Weg in der Öffentlichkeit als diejenige Vertreterin in der Parteiführung dar, die am deutlichsten mit dem "System Kohl" aufräumen wollte.

Anfang des Jahres 2000 mußte Schäuble sein Amt als Parteivorsitzender niederlegen, nachdem bekannt geworden war, daß auch er einen Geldkoffer von dem Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber angenommen hatte, und auch Kohl sah sich gezwungen vom Ehrenvorsitz zurückzutreten.

Zur Vorbereitung ihrer Kandidatur um den nun frei gewordenen Parteivorsitz ließ sich Merkel auf Regionalkonferenzen der Union von der Basis feiern und schlug damit ihre Konkurrenten Volker Rühe, Jürgen Rüttgers und Kurt Biedenkopf aus dem Rennen. Frenetisch wurde sie auf dem Wahlparteitag von einer Mitgliedschaft bejubelt, die von schmutzigen Geschäften nichts mehr hören wollte.

Merkels Fähigkeit, die "Ära Kohl" auch innerhalb der Union zu beenden, zeigte sich allerdings vielmehr in der programmatischen Neuausrichtung der Partei als in der Bereitschaft, die weitreichende Korruptionsaffäre aufzuklären. Tatsächlich wurde mit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden ein Schlußstrich unter den Skandal gezogen, der die CDU zu zerreißen drohte.

Bis heute sind der Öffentlichkeit die anonymen "Spender" und die Verwendung vieler Gelder nicht bekannt, bis heute ziehen sich Teile der Parteispitze, die mit größter Wahrscheinlichkeit in die Machenschaften verwickelt waren - wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch - darauf zurück, von nichts gewußt zu haben. Helmut Kohl wurde von Merkel bereits im Herbst 2000 anlässlich der Feier zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung rehabilitiert.

Programmatisch setzte sich die CDU jedoch von dem Mann ab, der in seiner Zeit als Kanzler "blühende Landschaften" versprach und angesichts der zu erwartenden Opposition in der Bevölkerung davor zurückschreckte, harte Einschnitte in den Sozialsystemen vorzunehmen. In Hinblick auf die rigorose rot-grüne Umverteilungs- und Sparpolitik auf Kosten der Masse der Bevölkerung ist Kohl rückblickend oft als "letzter Sozialdemokrat" bezeichnet worden.

In der Union sind nach seinem Abgang vor allem die Kräfte emporgekommen, die eine noch rücksichtslosere Politik einfordern und einer unbegrenzten Bereicherung der Elite das Wort reden. Mit Merkel haben sie eine Vertreterin, die persönlich einen rasanten materiellen und machtpolitischen Aufstieg hinter sich hat und sich darüber hinaus in keiner Weise an alte sozialstaatliche Traditionen der Bundesrepublik gebunden fühlt.

Merkels mißlungene Kandidatenkür im Wahljahr 2002, als sie gegen den CSU-Chef und bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber unterlag, ist auch darauf zurückzuführen, daß die Union zu diesem Zeitpunkt noch lieber einen Kandidaten ins Rennen schicken wollte, der vergleichsweise gemäßigt auftrat und als Führer einer tatsächlichen Volkspartei in seinem Bundesland mit dem Austarieren verschiedener Interessen vertraut war. Nun, da die Wahl 2005 für die CDU so gut wie gewonnen scheint, konnte Merkel unbehindert ihre Kanzlerkandidatur durchsetzen, obwohl sie für ein Programm steht, das "den veränderungsscheuen Deutschen noch Hören und Sehen vergehen" läßt, wie die "Zeit" kommentierte.

Politische Positionen

Es fällt schwer, in Merkels Biographie politische Grundkonstanten oder feste Überzeugungen auszumachen. Die Politikerin Merkel ist während ihrer ganzen Karriere gut damit gefahren, in ihren Positionen und Allianzen flexible zu sein und die Gunst der Stunde zu nutzen, um sich neu zu orientieren. In Stocks autorisierter Biographie auf Interviewbasis findet sich viel Banales, politische Standpunkte dagegen sind rar gesät.

Auffällig ist allerdings, wie Merkel sich im Verlauf ihrer erzählten Biographie immer wieder von allem heftig distanziert, was sie als "basisdemokratisch" oder "egalitär" auffaßt - sei es in Bezug auf Kirchengruppen, Parteiorganisationen oder Atomkraftgegner - und den durchsetzungsstarken Staat mit seinem "Gewaltmonopol" hochhält.

Hier lag auch der Grund, warum sich Merkel als CDU-Generalsekretärin anfänglich gegen die Unterschriftenkampagne der hessischen CDU im Landtagswahlkampf 1999 stellte - nicht der äußerst rechte, rassistische Charakter der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ließ sie zögern, Kochs Initiative zu unterstützen, sondern ihre Abneigung gegen "Basisdemokratie" und die Vorstellung, die Bevölkerung könne sich animiert fühlen, in der Politik ein Mitspracherecht einzufordern, das über die turnusmäßigen Wahlen hinausgeht. Letztendlich ließ sie sich jedoch von den rechtsten Elementen in der Partei überzeugen und ebnete der ausländerfeindlichen Aktion den Weg.

Seitdem Merkel begonnen hat, ihre Kanzlerkandidatur vorzubereiten, sind ihre politischen Positionen insgesamt klarer hervorgetreten, auch wenn sie weiterhin die Strategie verfolgt, konkreten Fragen auszuweichen und sich nach Möglichkeit wenig festzulegen. Verschiedene kontroverse Debatten zur deutschen Innen- und Außenpolitik machten es in der vergangenen Zeit jedoch unumgänglich, daß sie in bestimmten Fragen Standpunkte bezog, die allgemein ihre Orientierung an äußerst rechten politischen Konzeptionen verdeutlichen und einen Ausblick auf das geben, was von einer Merkel-Regierung zu erwarten ist.

Merkels Vorstellungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik lassen sich in ihrer Forderung nach "Entfesselung der Marktkräfte" zusammenfassen. Sie strebt eine Fortführung und deutliche Verschärfung der rigorosen Umverteilungs- und Kürzungspolitik an, die unter der Schröder-Regierung eingeleitet wurde, u.a. durch Ausbau des Niedriglohnssektors, ein "stärkeres Bekenntnis zu Eliten", umfassende Privatisierungen, "Flexibilisierung" des Arbeitsrechts sowie "Wettbewerb" und "Eigenverantwortung" bei den Sozialleistungen.

Die Debatte um die Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung warf ein Schlaglicht auf die politischen Konzepte, die Merkel vertritt. Sie profilierte sich als vehementeste Befürworterin der sogenannten Kopfpauschale, wonach der am Einkommen orientierte Beitrag abgeschafft und pro Kopf ein fester Beitrag zur Deckung der Gesundheitskosten abgeführt werden soll.

In ihrem 2004 erschienenen Interviewband "Mein Weg" erklärt Merkel, daß die gesetzliche Begrenzung auf einen zehnstündigen Arbeitstag in Deutschland abgeschafft werden müsse, da "die Betriebe mehr Freiheiten brauchen, um auf die veränderten Wettbewerbsbedingungen zu reagieren".

Ohne eine Änderung dieser Gesetze müsse sich "manch einer, nachdem er sich per Stechuhr schon in den Feierabend abgemeldet hat, wieder illegal an seinen Arbeitsplatz zurückkehren". Eine Arbeitszeit von "15 Stunden täglich" müsse man ja nicht sein Leben lang ableisten, aber legal und akzeptiert soll dies nach Merkels Auffassung allemal sein.

Die Freiheit, die Merkel den Arbeitern zu bieten hat, sieht so aus: "Ich werde dieses Verständnis für Veränderungen ... nur schaffen, wenn ich dem Einzelnen mehr Entscheidungsoptionen öffne. Daher ist es aus unserer Sicht so wichtig, daß der Arbeitnehmer selbst entscheiden kann, ob er eine Stunde länger arbeitet oder etwas weniger Geld verdient, damit der Betrieb nicht nach Polen verlagert wird." Gleichzeitig verteidigt sie die Entscheidung des Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann, Entlassungen vorzunehmen, um die Kapitalrenditen auf 20 bis 30 Prozent zu steigern, da nur so "eine Übernahme durch ausländische Konkurrenten zu verhindern" sei.

Ein solches Programm, das de facto eine Kriegserklärung an die arbeitende Bevölkerung ist und zwangsläufig auf heftige Ablehnung stoßen wird, erfordert eine Aufrüstung im Innern, um den Widerstand dagegen zu brechen. Es ist daher nur konsequent, daß Merkel seit geraumer Zeit mit Nachdruck dafür plädiert, die Verfassung zu ändern, damit die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden kann.

Orientierung an der Bush-Regierung

Auch außenpolitisch kann sich das Aufgabengebiet des deutschen Militärs nur vergrößern.

Merkels Orientierung an der amerikanischen Politik wurde erstmals im Vorfeld des Irakkriegs überdeutlich, als sie sich demonstrativ an Bushs Seite stellte und jede Lüge aus Washington bereitwillig nachplapperte.

Als Umfragen zufolge über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung den kommenden Krieg ablehnten und gerade eine Woche zuvor weltweit die größte Antikriegsdemonstration der Geschichte stattgefunden hatte, sprang sie der Bush-Regierung bei Seite, indem sie am 22. Februar 2003 in der "Washington Post" einen Artikel mit der Überschrift "Schröder spricht nicht für alle Deutschen" veröffentlichte, und damit speichelleckerisch ihre Visitenkarte als bessere Kanzlerin im Weißen Haus abgab.

Ihre Haltung hat sich seitdem nicht verändert. Noch heute erhebt Merkel den absurden Vorwurf, daß letztlich Schröder Verantwortung für den Irakkrieg trage, weil er sich nicht um Einigkeit mit den USA und Großbritannien bemüht habe, Hussein daher "Katz und Maus" mit der internationalen Staatengemeinschaft habe spielen können und dies "das Eingreifen der Amerikaner ... leider unvermeidbar gemacht" habe. Dementsprechend soll es unter ihr keine "Achse" Paris-Berlin-Moskau geben, statt dessen ein stärkeres Zusammengehen mit den pro-amerikanisch regierten osteuropäischen EU-Mitgliedern, um sich in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen besser mit den Vereinigten Staaten abzustimmen.

Merkel steht firm an der Seite Bushs, um "mit militärischer Härte und politischer Klugheit an einer Weltordnung zu arbeiten, in der der Terrorismus keine Chance hat". In diesem Sinne tritt sie dafür ein, das Völkerrecht "weiterzuentwickeln", um den Präventivkrieg zu legitimieren. "Denn daß Situationen auf uns zukommen können, in denen präventiv eingegriffen werden muß, beispielsweise um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, daran zweifle ich nicht", erklärt Merkel zu einem Zeitpunkt, an dem die Lüge zur Begründung des Irakkriegs längst in sich zusammengebrochen ist, aber ein Kriegsgrund gegen den Iran, Nordkorea oder andere Länder noch fabriziert werden muß.

Zweifellos ist Merkel bereit, es der Bush-Regierung gleich zu tun, und nach Außen und Innen Krieg zu führen. Eine stabile Regierung wird sie mit diesem Kurs allerdings nicht führen können: Auch wenn die Union bei der kommenden Wahl stärkste Partei werden sollte, ist diese Politik weit davon entfernt, in der Bevölkerung mehrheitsfähig zu sein, und wird unvermeidlich auf Widerstand stoßen, auch in ihrer eigenen Partei. Der rasante Aufstieg Merkels könnte ein plötzliches Ende finden.<<

21.01.1991

BRD: Die Münchener "Abendzeitung" berichtet am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

25.03.1991

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (13/1991) berichtet am 25. März 1991 über das Buch "Ermordung der Menschheit" des französischen Politikwissenschaftlers und Germanisten Alfred Grosser: >>**Erinnerung gelöscht**

Die Deutschen können von Glück reden, daß nach 1945 eine Reihe weitblickender Franzosen, oft deutsch-jüdischer Abkunft, in Frankreich Verständnis für die Nation der Kriegsverlierer und -verbrecher zu wecken suchte: David Rousset, Joseph Rovon, Gustave Stern, Alfred Grosser.

Und Alfred Grosser kann von Glück reden, daß sein Lebensweg ihm jene Leiden ersparte, die ihm eigentlich vorherbestimmt waren und es ihm erschwert hätten, über die Deutschen so rational und empfindsam zu urteilen, wie er es seit vielen Jahren tut: als Politologe am Pariser Institut d'études politiques und Leitartikler von Le Monde wie etlicher großer französischer

Regionalblätter.

Er selber hat sich das Bewußtsein dafür bewahrt, daß er unverdient bevorzugt wurde: 1925 als Sohn eines jüdischen Kinderarztes in Frankfurt geboren, bezog er als Achtjähriger von Schulkameraden Prügel, weil er als Jude nicht zu ihnen gehöre. Jedoch: "Das Ereignis hat keine Spuren in mir hinterlassen." (Alfred Grosser: "Ermordung der Menschheit" ...)

Schon 1933 emigrierte die Familie nach Saint-Germain-en-Laye bei Paris, 1937, abermaliger Glücksfall, erhielt sie die französische Staatsangehörigkeit. Sie bewahrte Grosser vor dem Schicksal Tausender Emigranten, die bei Kriegsausbruch von der französischen Regierung als Deutsche interniert und dann jenen Henkern überantwortet wurden, vor denen sie geflüchtet waren.

Glücklicherweise verpaßte Grosser wenig später in Grenoble auch noch den Verbindungsmann, der ihn in die Resistance führen sollte: "Entweder wäre ich im Vercors umgekommen oder ich hätte mit dem Bild von einem barbarischen Massaker in der Erinnerung überlebt."

Das autobiographische Kapitel in Grossers Buch mit dem unsinnigen deutschen Titel "Ermordung der Menschheit" (treffend dagegen der französische "Le crime et la memoire") gehört zu den besten dieser Morphologie über die Versuche der Völker, ihre jeweiligen Verbrechen zu verdrängen.

Der Genozid in seinen abscheulichsten Varianten - der weißen Amerikaner an den roten, der Türken an den Armeniern, der Deutschen an den Juden, der Bolschewisten an den Ukrainern, aber auch übersichtlicheres Morden, etwa der Eta, IRA oder PLO - entzieht sich offenbar den Gesetzen der Logik. Und die Erinnerung daran ebenso.

Das deutsche Gedächtnis der deutschen Verbrechen ist für Grosser "vielfältig" angesichts so unterschiedlicher Bundeskanzler wie Kiesinger und Brandt oder Bundespräsidenten wie Lübke und Heinemann. Doch im ganzen fällt der Autor das milde Urteil: "Wohl nirgendwo sonst auf der Welt hat eine Gemeinschaft in vergleichbarem Ausmaß akzeptiert und gewünscht, daß die dunkle Vergangenheit in der Gegenwart eine so zentrale Stellung einnimmt."

Mit den Franzosen geht der Franzose Grosser weniger nachsichtig um. Unverblümt stellt er die Frage, ob ihnen ihr Kult um die Geschichte, die Einheit und die angeblichen Tugenden der Nation mit der dabei unvermeidlichen Selbstglorifizierung überhaupt noch Raum für das Bewußtsein von Verbrechen läßt, die Franzosen einander angetan haben oder die im Namen Frankreichs begangen wurden.

Bezeichnenderweise zitiert noch 1968 der Referent eines Gesetzentwurfs zur Amnestie der in Algerien verübten Exzesse aus dem berühmten Toleranzedikt von Nantes aus dem Jahre 1598: "Die Erinnerung an alle Dinge, die seit März 1585 geschehen sind ... sei gelöscht und getilgt wie etwas, das nie geschehen ist. Zugleich verbieten wir unseren Untertanen ... die Erinnerung daran zu erneuern, darüber zu disputieren, zu kontestieren oder zu streiten."

Unterdrückt werden sollte, obschon zeitlich früher gelegen, auch die Erinnerung an die berühmteste "Bartholomäusnacht" von 1572, in der Tausende Protestanten erschlagen, erstochen, ertränkt wurden, nicht nur, wie allgemein bekannt, in Paris, sondern dann auch in Rouen, Orleans, Troyes, Lyon und Bourges. Um dieses schaurige Ereignis kommen die französischen Schulgeschichtsbücher nicht herum - glücklicherweise aber war die Hauptschuldige, Katharina von Medici, eine Ausländerin.

Bewunderer der geheiligten jakobinischen Tradition spielten die Massenmorde der Jakobiner 200 Jahre lang systematisch herunter, nach dem Motto: Was ist schon eine unblutige Revolution! Noch 1985 schrieb der Historiker Michel Vovelle:

"Die schwarze Legende von den revolutionären Greueln war eines der bevorzugten Themen einer konservativen Geschichtsschreibung ... Der Terror ist die kontrollierte, beherrschte, in den Rahmen einer nicht mehr passiven, sondern aktiven Volksjustiz eingespannte Angst. Es ist nicht mehr die panische, irrationale Angst, die man empfindet, sondern die, welche man

ganz bewußt den Feinden der Freiheit einflößt."

Feinde der Freiheit waren für die Revolutionäre zum Beispiel die Bauern in der royalistischen Vendée, die der Befehlshaber der Pariser Truppen, Baron Turreau, 1793 dorfweise zu Tausenden niedermetzeln ließ, Kinder und Frauen inklusive.

1816, als "der Henker" Turreau starb, gedachte der "Moniteur universel", das regierungsoffizielle Mitteilungsblatt der inzwischen restaurierten Monarchie, des Monarchistenmörders so:

"Herr Baron Turreau de Liniere, Generalleutnant der Königlichen Armee, Ritter des Ordens vom Heiligen Ludwig, "Großoffizier der Ehrenlegion ... Der Name nimmt einen ehrenvollen Platz in der Geschichte der französischen Armeen ein."

Besonders widerwärtige Feinde der Freiheit waren jene Pariser Kommunarden, welche die Bourgeoisie 1871 in Schrecken versetzten, indem sie Hunderte, darunter den Erzbischof Darboy, umbrachten. Dafür wurden nach dem Sieg der bürgerlichen Armee 17.000 wirkliche oder nur verdächtige Kommunarden summarisch erschossen, 43.000 unter grausamen Bedingungen oft jahrelang in Haft gehalten - aber es waren ja "die abscheulichsten Ungeheuer, die die Menschheitsgeschichte je gesehen hatte", wie der "Moniteur universel" befand.

Gekonnt verdrängten die Franzosen ihre Sünden wider den Geist der Republik, die sie während der deutschen Besatzung 1940 bis 1944 begingen: Die KP fand den Hitler-Stalin-Pakt bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion ausgezeichnet. Und die Vichy-Regierung überstellte den Nazis unter anderen die beiden SPD-Führer Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding - was laut Grosser "nicht in das Gedächtnis der Franzosen eingegangen" ist.

Wenn Deutsche in französischen Fernsehfilmen der Nachkriegszeit überwiegend als brutale Nazis auftreten, hat das für Grosser weniger mit dem französischen Deutschlandbild als mit den Schwierigkeiten bei der Bewältigung der eigenen Vergangenheit zu tun.

Schwierigkeiten ohne Ende: Im Oktober 1961, als Tausende Algerier in Paris gegen die Brutalitäten der französischen Soldaten in Algerien protestierten, warf die Polizei Dutzende der Demonstranten kurzerhand in die Seine. Insgesamt starben angeblich 200 Menschen - die genaue Zahl wurde nie ermittelt, keine einzige Anzeige führte auch nur zu einer Anklage.

Die "weißen Flecken im Gedächtnis der Franzosen" erstrecken sich auch auf die einstige Glorifizierung der Sowjetunion durch die französische Linke. Andre Gide, der sich schon früh kritisch über den Stalinismus geäußert hatte, sah sich schärfster Mißbilligung ausgesetzt. "Ich weiß, daß es in der Sowjetunion keine Konzentrationslager gibt, und ich halte das sowjetische Strafvollzugswesen unbestreitbar für das erstrebenswerteste in der ganzen Welt", ließ sich etwa Marie-Claude Vaillant-Couturier vernehmen - und sie war als ehemalige Insassin des KZ Ravensbrück Expertin.

Grosser scheut sich auch nicht, seinen Landsleuten vorzuhalten, daß ihr historisches Gedächtnis lebendiger ist, sobald es darum geht, das "Geschehen im Ausland zu beurteilen, in Israel oder in Moskau, im fernen Afrika oder im nahen Deutschland". Aber arbeitet das Gedächtnis der Franzosen in dieser Hinsicht soviel anders als das anderer Völker?

Der Autor hatte sein Buch ursprünglich für französische Leser geschrieben, um ihnen "eindringlich die schwarzen Seiten der französischen Geschichte" darzustellen. Doch Deutsche kann es ebensoviel lehren.

Ein nicht immer leicht zu lesendes, aber ein überzeugendes, souveränes und wichtiges Buch. Deprimierende Bilanz: "Verbrechen wird das genannt, was die anderen, was die Gegner so zu nennen sich weigern." <<

20.06.1991

BRD: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten (338 Stimmen für Berlin gegen 320 für Bonn) entscheidet sich am 20. Juni 1991 für den Regierungssitz Berlin (x283/237).

22.08.1991

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. August 1991: >>**Noch 35**

Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung

Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...

Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<

16.10.1991

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Oktober 1991 über Entschädigungen für polnische NS-Zwangsarbeiter: >>Polnische NS-Opfer erhalten Entschädigung

Mit der Stiftung sei auch aus polnischer Sicht die Entschädigungsfrage abschließend gelöst, hieß es in Bonn. ... Der Verband der Zwangsarbeiter äußerte sich enttäuscht über die nach seiner Einschätzung geringe Summe.<<

Polen: Zeitgleich mit der Ratifizierung des Grenz- und Nachbarschaftsvertrages wird zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen am 16. Oktober 1991 eine "Stiftung deutsch-polnischer Versöhnung" zur individuellen Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit errichtet.

Die Stiftung wird in den folgenden 3 Jahren aus Bundesmitteln finanziert und mit insgesamt 500 Millionen DM ausgestattet (x151/53-54).

17.11.1991

UdSSR: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 1991: >>Wolgaren gegen deutsche Republik

Die Mehrheit der Russen, die in den traditionellen Siedlungsgebieten der Wolgadeutschen leben, sind nach einer Meinungsumfrage gegen die Gründung einer autonomen deutschen Wolga-Republik. ...

Die Russen, die im Gebiet um die Stadt Saratow, wo voraussichtlich viele heute in Kirgisien, Kasachstan und Sibirien lebende Wolgadeutsche angesiedelt werden sollen, fürchten bei einer Rückkehr der Deutschen ethnische Konflikte. ...<<

27.11.1991

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 1991: >>An Osteuropas Schulen ist Deutsch gefragt wie nie zuvor

... Überrascht zeigte sich jüngst der französische Präsident Francois Mitterrand als auf der Konferenz über eine europäische Konföderation in Prag die meisten Politiker aus Mittel- und Osteuropa ihre Reden in Deutsch hielten. Allein in diesen Ländern lernen derzeit etwa 12 Millionen Menschen Deutsch. ...

Seit dem Umsturz 1989 ... eröffnet Deutsch den Zugang zu Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur des großen Nachbarn in der EG.

In der Tschechoslowakei beispielsweise hat sich im neuen Schuljahr mehr als die Hälfte der Schüler für die Sprache des westlichen Nachbarn entschieden, ein Drittel nur für Englisch. Bis zur Wende war Russisch in den Ostblockstaaten erste Pflichtfremdsprache. ...<<

03.12.1991

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Dezember 1991: >>Keine Entschuldigung an Japan wegen A-Bombe

US-Präsident George Bush hat eine Entschuldigung der USA für die Atombombenabwürfe über Japan am Ende des Zweiten Weltkrieges ausgeschlossen. Im Fernsehsender ABC sagte er, die Beendigung des Krieges durch die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki habe zahllosen Amerikanern das Leben gerettet ...

Bush erläuterte, selbstverständlich teile er die Trauer um die unschuldig ums Leben gekom-

menen Menschen. Er habe aber auch Mitgefühl für die Mutter seines Stubenkameraden, der im Krieg gefallen sei.<<

11.12.1991

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Dezember 1991: >>Im Museum endet die Geschichte schon 1945

In Polen wird über das Lager Lamsdorf diskutiert, in dem auch vertriebene Schlesier starben. ... Längst ist das abgelegene zerfallene Lager, von dem außer dem Museum nur noch einige Ruinen im Wald übriggeblieben sind, dennoch zum Politikum in Schlesien geworden. Die Tatsache, daß auf einem kleinen Teilstück des Kriegsgefangenenlagers von polnischen Behörden nach dem Krieg ein Arbeitslager für vertriebene Schlesier organisiert worden war und dort zumindest mehrere tausend der Insassen an Folter, Unterernährung und Krankheit gestorben waren, wurde bisher stets unterdrückt.

Nun hat einer der Mitarbeiter des Lamsdorfer Museums dem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Darin kommt zum ersten Mal auch Czeslaw Geborski, der damalige Lagerleiter zu Wort, der bis heute in Kattowitz lebt.

Geborski hatte während des Gomulka-Tauwetters 1956/57 in Oppeln sogar vor Gericht gestanden. Ihm wurde vorgeworfen, die Gefangenen des Lagers bestialisch gequält, gefoltert und ermordet zu haben.

Das polnische Gericht sprach Geborski damals frei – heute haben immer mehr Journalisten und Historiker in Schlesien ihre Zweifel, ob dieses Urteil rechtens war. Schon damals hatte die Zensur alle Nachrichten über den Prozeß unterdrückt.

Der Grund für das peinliche Schweigen lag vor allem darin, daß bereits kurz nach dem Krieg in Westdeutschland die Erinnerungen des Lagerarztes von Lamsdorf, Heinz Esser, erschienen war. Der verglich die "Hölle von Lamsdorf" gar mit den Vernichtungslagern der Nazis und bezifferte die Zahl der Ermordeten mit mehr als 6.000.

Esser war selbst allerdings Nationalsozialist und publizierte in den fünfziger Jahren in der rechtsradikalen "National- und Soldatenzeitung". Das machte es den polnischen Gerichten leicht, alle gegen Geborski gerichteten Aussagen auf die Suggestivkraft von Essers Buch, das schon damals in Schlesien unter der Hand verbreitet wurde, zurückzuführen.

Für Edmund Nowak, Mitarbeiter des Museums von Lamsdorf, ist die Angelegenheit so einfach nicht. In seinem gerade erschienen Buch "Der Schatten von Lambinowice" kommt er zu dem Schluß, daß Essers Opferzahlen etwas zu hoch gegriffen sind. Er leugnet aber nicht, daß es in Lamsdorf nach dem Krieg zu Übergriffen gekommen ist. ...<<

Niederlande: In Maastricht schließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

Grundlagen der Europäischen Union (EU) sind:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Der Vertrag von Maastricht soll am 1.11.1993 in Kraft treten.

Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitet die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzt sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

13.12.1991

UdSSR: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 1991: >>Bonn steht für 75 Milliarden

... Auf den Bundeshaushalt können in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen von 75 Milliarden DM zukommen, falls die ehemalige Sowjetunion zahlungsunfähig wird. Das geht

aus einem "Sachstandsbericht zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation in der Sowjetunion" hervor, den das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat.

Zum Stand vom 26. November 1991 führt das Finanzministerium Bundesgarantien für Exporte und ungebundene Finanzkredite in Höhe von 38,4 Milliarden DM auf.

"Hinzu kommen grundsätzliche Deckungszusagen von 22,1 Milliarden DM und noch nicht entschiedene Deckungsanträge allein aus den neuen Ländern von 25 Milliarden DM, für die mit einer Realisierungsquote von etwa einem Drittel gerechnet werden kann; das entspricht einem zusätzlichen Obligo einschließlich Zinsen von 14 bis 15 Mrd. DM", heißt es in dem Bericht.

Somit haftet Bonn insgesamt für Zahlungsverpflichtungen der früheren Sowjetunion von über 75 Milliarden DM.

Die Übernahme von Exportbürgschaften, die bis 26. November allein 26,8 Milliarden DM ausmachten, habe geholfen, die Versorgung der Sowjetunion mit lebenswichtigen Investitions- und Konsumgütern aufrechtzuerhalten. ...<<

21.12.1991

UdSSR: Elf von 15 Sowjetrepubliken gründen am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösen damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

25.12.1991

UdSSR: Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Sergejewitsch Gorbatschow (*1931-, sowjetischer Politiker, von 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, Oktober 1988 bis März 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, März 1990 bis Dezember 1991 1. Präsident der UdSSR; Friedensnobelpreis 1990, Hochgradfreimaurer des 33. Grades. Leitet innen- und außenpolitische Reformen – Glasnost und Perestroika - ein, setzte den Verzicht auf den Führungsanspruch der KPdSU durch) tritt am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

31.12.1991

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 31. Dezember 1991: >>**Aufbauhilfe für den Osten** Westdeutschland hat in diesem Jahr rund 12 Milliarden Mark nach Ostdeutschland transferiert. ...<<

1991

BRD: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet im Jahre 1991 über den ehemaligen sowjetischen Chefhetzer Ilja Ehrenburg (1891-1967) und bezeichnet ihn als "einen der aktivsten" und "markantesten Kriegspropagandanisten".

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Ilja Ehrenburg (x046/151): >>... 1991 etwa stellte die CDU-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Schöneberg den Antrag, auch das "Schaffen" Ehrenburgs im Rahmen einer Ausstellung "Russen in Schöneberg" gebührend zu würdigen und die Erinnerung an diesen Journalisten und Schriftsteller zu pflegen.

Anläßlich seines 100. Geburtstages 1991 ließen es sich führende deutsche Tageszeitungen nicht nehmen, seiner ehrend zu gedenken, seine "sprudelnde Schreiblust" hervorzuheben, ihn als einen "Meister der Satire" als einen "Suchenden nach den Ursprüngen des Bösen" zu apostrophieren und seine "grandiosen Panoramabilder" zu bewundern.

Vergeblich sucht man nach nur einem Wort der Erklärung für die verbrecherische Wirksamkeit Ehrenburgs während der Kriegszeit, die doch gerade für unzählige deutsche Männer, Frauen und Kinder so entsetzliche Konsequenzen gehabt hatte. ...<<

1992

Wir wollen nicht die Verstaatlichung des Menschen, sondern die Vermenschlichung des Staates.

Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827, schweizerischer Pädagoge)

31.03.1992

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. März 1992 über eine Rede des Altbischofs Hans von Keler: >>Bischof: Vertreibung war Verbrechen****

Die Kirche soll nach den Worten des württembergischen Altbischofs Hans von Keler die Vertreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten vorbehaltlos als Verbrechen bezeichnen.

Sie sei aufgerufen, "Wahrheit zuzumuten", sagte von Keler, der Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Umsiedler- und Vertriebenenfragen ist, in Hannover. ...

Polen und Russen dächten häufiger daran, was den Deutschen durch sie zugestoßen sei, als die Deutschen selbst, sagte der Altbischof. Es sei unredlich, sich im Umgang mit völkerrechtlichen Verbrechen allein auf das "Dritte Reich" zu beziehen und zu allem anderen zu schweigen.<<

09.04.1992

Ungarn: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. April 1992 über ungarische Entschädigungen für enteignete Deutsche: >>Ungarn entschädigt Deutsche****

... Wiedergutmachungsleistungen für die nach 1945 enteigneten Angehörigen der heute rund 200.000köpfigen deutschen Minderheit in Ungarn hat das Budapester Parlament beschlossen.

Mit der Verabschiedung des zweiten Entschädigungsgesetzes wurden nicht nur die Ansprüche der Deutschen, sondern auch der jüdischen Gemeinde anerkannt, weil es die Zeit vom 1. Mai 1939 bis 8. Juni 1949 erfaßt. ...

Trotz der nunmehr rechtlich anerkannten Gleichstellung aller Betroffenen sind noch Fragen offengeblieben. Die finanzielle Höhe der Wiedergutmachung wird nach einem komplizierten Schlüssel bestimmt und ist umgerechnet mit maximal zirka 100.000 DM je "Fall" begrenzt.<<